

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 36/38
Telefax: 866 846 ppbn d
Telefax: 21 08 84

Inhalt

Dr. Heinz Kaiser MdL
bewertet die jüngste
Ifo-Studie zur Rüs-
tungsindustrie in
Bayern.

Seite 1

Heinz Lohmann, ASG-
Vorsitzender, zum Ver-
such, eine integrierte
Gesundheits- und So-
zialpolitik zu ent-
wickeln.

Seite 3

46. Jahrgang / 151

9. August 1991

Wenn Bayern Rüstungsindustrie in ein Sechs- Milliarden-Loch fällt...

Ifo-Studie bestätigt Warnungen der Landtags-SPD

Von Dr. Heinz Kaiser MdL

Bayern ist mit Abstand die größte Rüstungsschmiede der Bundesrepublik Deutschland. Allein 45 Prozent der jährlich über 13 Milliarden Mark an Beschaffungsaufträgen für Wehrgüter, die von der Bundeswehr ins Inland vergeben werden, fließen in den Freistaat. Ähnlich überproportional ist Bayern mit Wehrgüter-Unternehmen (37 Prozent) und Beschäftigten im Rüstungsbereich (30 Prozent) "gesegnet". Diese Ergebnisse der neuesten Studie des Münchner Ifo-Instituts müßten auch bei der Staatsregierung die Alarmglocken schrillen lassen: Insbesondere darf sich die Staatsregierung nicht aus der Verantwortung für die Begleitung und Unterstützung des Strukturwandels in der Wehrgüter-Industrie herausmogeln, sondern muß auf regionaler und sektoraler Ebene Hilfestellung geben. Von dieser Einsicht kann allerdings beim bayerischen Wirtschaftsminister Lang bisher keine Rede sein, nimmt man die Pressemitteilung seines Hauses als Maßstab, die vor Selbstzufriedenheit strotzt und jegliches Verantwortungsgefühl vermissen läßt. Herr Lang muß ein anderes Gutachten gelesen haben.

Allein durch Bundeswehraufträge fließen jährlich geschätzte sechs Milliarden Mark nach Bayern. Auch wegen der sinkenden Konjunktur beim Geschäft mit dem Tod hat die SPD-Landtagsfraktion zwei umfassende Anträge zur Rüstungskonversion vorgelegt, die Konversionsbeiräte, regionale Arbeitsgemeinschaften zur Unterstützung der Umstellung, staatliche Darlehen und die Umschichtung von Mitteln aus dem Verteidigungshaushalt in die Konversionsforschung gefordert haben. Diese Anträge wurden von der CSU-Mehrheit in der letzten Sitzung vor der Sommerpause abgelehnt.

Gerade der jüngste Bericht des Münchner Ifo-Instituts (Institut für Wirtschaftsforschung) - datiert vom 18. Juli 1991 - bestätigt aber eindrucksvoll die Notwendigkeit staatlichen Handelns. Kernaussagen der Studie sind:

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag,
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwat und Versand.

Persepolis Group
mit allen alten Rohstoffen
Recycling-Paper



- o 45 Prozent der Inlands-Nachfrage der Bundeswehr fließen nach Bayern. (Zum Vergleich: Im Jahr 1988 betrug der Umfang der Bundeswehr-Beschaffungen im Inland 13,4 Milliarden Mark).
- o 37 Prozent der Umsätze der Produzenten von Wehrgütern für die Bundeswehr entfallen auf Bayern.
- o 30 Prozent der in der Rüstungsindustrie Beschäftigten produzieren im Freistaat.
- o Der hohe Anteil Bayerns hängt mit der Konzentration des militärischen Luft- und Raumfahrtbaus im Freistaat zusammen.
- o Auf sektoraler und regionaler Ebene wird gerade in Bayern Anpassungsbedarf bestehen.
- o Insbesondere die Hersteller von Luft- und Raumfahrzeugen könnten bei der Abrüstung unter Druck geraten.
- o In regionaler Hinsicht wären bei der Abrüstung insbesondere Bayern und die Küstenländer betroffen.

Wie die Ifo-Studie mit solchen Fakten die bisherige Rüstungsindustrie-Politik der Staatsregierung bestätigen soll, was der bayerische Wirtschaftsminister Lang gerne glauben machen möchte, ist nicht nachvollziehbar: Herr Lang hat offenbar ein anderes Gutachten gelesen. Unverständlich bleiben deshalb die Äußerungen des Wirtschaftsministers, er sehe ebenso wie auch die Ifo-Gutachter die Umstellung der Wehrtechnik als eine mit Chancen und Risiken verbundene Aufgabe, die in der Zuständigkeit der Industrie bewältigt werden müsse. Beim besten Willen nicht nachzuvollziehen ist die von Minister Lang ausgemachte Absage "an jene politischen Kreise, die den Unternehmen der Wehrtechnik über Konversionsbeiräte und andere untaugliche Institutionen unerbetene und wohl auch inkompetente Ratschläge erteilen wollen". Angesichts der harten Tatsachen schlägt Minister Lang längst verlorene Schlachten, erweist letztlich den Wirtschaftsunternehmen ebenso wie ihren Beschäftigten einen Bärendienst, wenn er jegliches staatliche Engagement ablehnt.

Es ist höchste Zeit, daß die Staatsregierung endlich aufhört, das "Geschäft mit dem Tod" als industriepolitische Zukunftschance einzuschätzen. CSU und Staatsregierung haben in ihrer konservativen politischen Grundstruktur einen schweren Denkfehler begangen. Sie konnten sich nicht vorstellen, daß die Rüstungsindustrie auf Grund der Ost-West-Entspannung Arbeitsplätze nicht garantieren kann. Am deutlichsten wird diese Fehleinschätzung im Ausverkauf bayerischer Interessen bei der Fusion zwischen Messerschmidt-Bölkow-Blohm (MBB) und Daimler-Benz, als die CSU-Staatsregierung für Bayern die Rüstungsproduktion wählte und den nördlichen Bundesländern die Fertigungen in der zivilen Luftfahrt überließ.

Von dieser falschen Grundannahme abzugehen, sind CSU und Staatsregierung immer noch nicht bereit. Sie halten beispielsweise nach wie vor an der Fiktion "Jäger 90" fest. Und sie projizieren ihre Denkfehler jetzt auch noch in eine Ifo-Studie, die genau die jahrelangen und wiederholten Mahnungen der SPD-Landtagsfraktion bestätigt, Bayern nicht zur Rüstungsschmiede der Bundesrepublik Deutschland auszubauen.

Mit neuerlichen Anträgen wird jetzt die SPD-Landtagsfraktion die Auseinandersetzung um die Bewältigung des Strukturwandels im Bereich der Wehrgüter-Industrie parlamentarisch auf

nehmen. Im Mittelpunkt wird dabei der Versuch der Staatsregierung stehen, die Verantwortung für diesen Strukturwandel jetzt der Industrie zuzuweisen, obwohl doch CSU und Staatsregierung mit ihrer verfehlten Industriepolitik die falschen Weichen in Richtung Rüstung gestellt haben. Staatliche Hilfestellung und Unterstützung der Rüstungskonversion ist gerade auch in Bayern eine Fehlerkorrektur und Wiedergutmachung, der sich CSU und Staatsregierung im Interesse der Beschäftigten in der Wehrgüter-Industrie nicht länger verweigern dürfen. Vor allem aber ist es wichtiger denn je, daß das bayerische Parlament einer unfähigen und unwilligen Staatsregierung auf die Sprünge hilft und sie auf eine wirkungsvolle Umstellung der Wehrgüter-Produktion auf zivile Erzeugnisse festlegt.

(-/9. August 1991/st/ks)

Eine moderne Form der Politikentwicklung

Wissenschaftler, Experten aus der Praxis und Politiker entwickeln gemeinsam eine integrierte Gesundheits- und Sozialpolitik

Von Heinz Lohmann

Vorsitzender des Bundesausschusses der Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen im Gesundheitswesen (ASG)

Die Arbeitsgemeinschaften der SPD haben unter anderem die Aufgabe, Nicht-Parteimitgliedern die Mitwirkung an sozialdemokratischer Politik zu ermöglichen. Die Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Gesundheitswesen (ASG) hat diese Verpflichtung schon immer auch als Chance angesehen, zusätzlichen Sachverstand für die Gesundheitspolitik der SPD zu mobilisieren und damit die Kompetenz der eigenen Arbeit zu steigern. Jetzt soll erstmalig systematisch ein neues Politikfeld mit Hilfe eines Entwicklungsprojektes aufbereitet werden. Die ASG will hierdurch zugleich eine Vorreiterfunktion im Prozeß der Modernisierung der Parteiarbeit in der SPD insgesamt einnehmen. Sie folgt damit der vom neuen SPD-Parteivorsitzenden Björn Engholm kürzlich aufgezeigten und vom Bremer Parteitag bestärkten Perspektive.

Der Inhalt des von der ASG beschlossenen Entwicklungsprojektes ist die Formulierung einer integrierten Gesundheits- und Sozialpolitik. Diese Bemühungen sind vor dem Hintergrund zu sehen, daß das Sozial- und Gesundheitssystem in Deutschland traditionell geprägt ist durch eine starke Zergliederung der Versorgungsstruktur. Sozialdemokratische Konzepte haben deshalb in der Vergangenheit auch immer wieder versucht, diesen strukturellen Mangel zu überwinden. Derzeit verschärft sich aber der Grundkonflikt angesichts der veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen weiter. Die immer stärker werdende notwendige Arbeitsteilung im Versorgungssystem des Gesundheits- und Sozialwesens führt zu einer sehr weitgehenden institutionellen Differenzierung. Zur Wahrung und Entwicklung von Kooperation und Koordination sind deshalb integrative Ansätze zu implementieren und zu entwickeln. Das tradierte System und gesellschaftlich machtvoll vorgetragene Interessen stehen einer solchen Konzeption bisher entgegen. Die Folge ist ein in weiten Bereichen fehlgesteuertes Gesundheits- und Sozialwesen.

Die Vorgänge bei der Vereinigung Deutschlands haben die Notwendigkeit von integrativen Konzepten unterstrichen und gleichzeitig aufgezeigt, daß bei den gegebenen Strukturen ein derart moderner Politikansatz nicht ohne weiteres zum tragen kommen kann. Eine den zukünftigen Anforderungen genügende neue Gesundheits- und Sozialpolitik muß deshalb sowohl differenzierende als auch integrative Elemente vereinen.

Nur wenn es gelingt, den Sachverstand und das Engagement verschiedener gesellschaftlicher Kräfte zu mobilisieren, wird es möglich sein, die altbekannte Strukturdebatte neu zu beleben. Wichtig wird dabei sein, die aktuelle Bedeutung einer solchen Politik zu betonen. Die ASG hat deshalb die integrierte Gesundheits- und Sozialpolitik zu einem Schwerpunkt ihrer gegenwärtigen Programmatik gemacht.

Um dem Anspruch nach Offenheit und Transparenz im Diskussionsprozeß gerecht werden zu können, soll das Thema nicht in traditioneller Kommissionsarbeit sondern als Arbeitsschwerpunkt in Form eines Projektes organisiert werden. Die Arbeitsweise soll jeweils vor dem Hintergrund des Entwicklungsstandes in einzelnen Projektphasen von einer durch den ASG-Bundesvorstand eingesetzten Lenkungsgruppe konzipiert werden. In einer ersten Phase soll die Problemaufbereitung mit Hilfe eines Workshops mit Experten aus Wissenschaft, Praxis und Administration sowie Politik angegangen werden. In einem strukturierten Diskurs sollen die Systembrüche vor dem Hintergrund des sozialen Wandels aufgedeckt werden. Die Strukturierung der Diskussion wird durch die "Eingabe" von Diskussionsthemen zu den Komplexen sozialer Wandel, Systemantwort und integrative Reformbeispiele erfolgen. Gerade der letzte Aspekt soll von Anfang an fester Bestandteil des Projektprogramms sein. Ziel dieser ersten Arbeitsphase ist die Erstellung eines Diskussionspapiers zur weiteren Strukturierung des ASG-Projektes und zur Diskussion mit zusätzlich Beteiligten im Versorgungs- und Finanzierungssystem.

Die ASG wird in den kommenden Monaten einzelne Expertinnen und Experten aus Wissenschaft, Praxis und Administration sowie Politikerinnen und Politiker zur Mitarbeit an dem Projekt auffordern. Sie ist sicher, daß der beschrittene Weg eine angemessene Form bei der Beschäftigung mit dem komplexen Thema der integrierten Gesundheits- und Sozialpolitik darstellt. Die ASG ist sich allerdings auch des Experimentiercharakters dieses Entwicklungsprojektes bewußt. Sie ist deshalb darauf eingestellt, den eingeschlagenen Weg der Problemaufarbeitung und Politikformulierung zu überprüfen und - wenn notwendig - zu korrigieren.

(-/9. August 1991/st/ks)
